

Moritz von Kaiserfeld*)

geb. 11. Jänner 1811, gest. 14. Februar 1885.

Von Dr. F. v. Krones.

Es war den 17. Februar des Jahres 1885, als auf dem Birkfelder Friedhofe zu den vielen Kränzen, die den frischen Leichenhügel eines der unvergesslichen Söhne der Steiermark deckten, auch der unseres historischen Vereines sich gesellte. Er galt nicht blos seinem Ehrenpräsidenten, er war dem ganzen Manne, dem Patrioten, dem Vertreter des Landes und Reiches, dem Politiker und dem edlen, gemeinnützigen Menschen gewidmet, und so sollen denn auch diese anspruchslosen Zeilen das Lebensbild Kaiserfeld's **) in seiner Gänze zeichnen, wie dürftig es sich auch der lebendigen Erinnerung gegenüber verhalten möge.

Moritz (Thaddäus) Blagatinschegg Edler von Kaiserfeld, der Enkel des gemeinnützigen Patrioten Franz S. Anton Blagatinschegg († 12. Februar 1820), dessen Verdienste die Verleihung des erblichen Adelstandes mit dem Prädicate „von

*) Der Ausschuss des hist. Ver. f. St. hat bereits im Jahrg. 1885 der Mitth. (XXXIII. Heft) aus der Feder des Reg.-R. Dir. Dr. F. Ilwof einen warmen „Nachruf“ seinem hingeshiedenen Ehrenpräsidenten gewidmet.

**) Eine ausführliche Biographie erschien vom Verfasser dieser Skizze u. d. T. „Moritz von Kaiserfeld. Sein Leben und Wirken als Beitrag zur Staatsgeschichte Oesterreichs in den Jahren 1848 bis 1884. Leipzig, Verlag v. Duncker und Humblot (Geibel) 1888. XXIII. u. 471 SS. 8^o. Hier finden sich alle Belege.

Kaiserfeld“ (1817, 11. August) anerkannte, war der älteste Sohn Franz Ludwigs Bl. E. v. K., des Besitzers von Monsberg, dann Stattenberg, später k. k. Schätzungscommissärs, aus der Ehe mit der Pettauener Grosshändlerstochter Karoline Antonie Aichmayr, welche beide im gleichen Jahre, 1856, starben.

Den 11. Januar 1811 zu Pettau geboren, bezog K. 1820 das Grazer Gymnasium, unter wachsend ungünstigen Vermögensverhältnissen des Elternhauses; aus den Gymnasialclassen trat er in die damaligen philosophischen Jahrgänge der Hochschule und hatte 1832 die Rechtsstudien vollendet. Er zählte zu den besseren Schülern, und war eine heitere, gesellige Natur, deren Tiefe, Leistungsfähigkeit, Ernst und ideales Streben erst im reifen Mannesalter, an der Schwelle des grossen Umschwungs der heimischen Staatsverhältnisse offenkundig und gemeinnützig wurden.

Zunächst galt es eine Lebensstellung zu erringen, deren Grund die in Klagenfurt, bei der damals dort bestehenden obersten Gerichtsbehörde Innerösterreichs, bestandene Justitiärprüfung legte.

So kam denn K. als „Justitiär“ 1835, 1. März, nach Thanhausen bei Weiz, im waldreichen Raabgelände der Steiermark, auf das Schloss des Reichsfrei- und Bannerherrn Gordian Gudenus, des Besitzers einer namhaften Patrimonialherrschaft, zu welcher O.- und U.-Fladnitz, Sturmberg, Neuhaus, Khülbl und Fronenberg zählten. Beruf, Naturfreude, Musik, Bücher und engbegrenzter Verkehr mit wackeren Männern, füllten da sein Leben aus, dessen neuer Wendepunkt dem Jahre 1838 zugehört.

Mitte September 1837 übersiedelte K. als Verwalter der Herrschaft Birkenstein-Birkfeld auf Schloss Birkenstein, im Markte Birkfeld, am Gehänge der Fischbacher Alpen, und 1838, den 16. April, führte er die Besitzerin des Gutes, die verwitwete Gräfin Marie von Manneville, geb. Freiin v. Raglovich, zum Altare. So hatte er denn seinen häuslichen Herd bestellt, dem die Geburt eines Sohnes (1839), seines einzigen Kindes, die richtige Weihe gab, und jene Unabhängigkeit im

gesellschaftlichen Leben gewonnen, die seinem innersten Wesen entsprach. Das Schlichte, Prunklose der grossväterlichen Natur verschmolz in ihm mit dem Drange nach vielseitigen wissenschaftlichen und praktischen Erkenntnissen, mit jenem idealen Schwung und sinnigen Ernst, der seinen Jugendfreunden und Bekannten als überraschende Wandlung vorkam und doch nur eine Entwicklungsphase seines Wesens darstellt.

Familienvater, Gutsherr, Landwirth und Industrieller, Mitglied des innerösterreichischen Gewerbevereines (s. 1839, 22. März), der steierm. Landwirthschafts-Gesellschaft (s. 1840, 17. Sept.), Ehrenmitglied des steierm. Musikvereines (s. 1841, 1. März) — ein Förderer alles Gemeinnütziges, hatte K. das dreiunddreissigste Lebensjahr überschritten, als er eine für die damalige Zeit ausgiebige Reise antrat, um ein Stück der grossen Welt kennen zu lernen. Sie führte ihn 1844 von Birkenstein über Wien und Prag nach Dresden, Leipzig, Frankfurt a. M. in die Niederlande, nach Frankreich und zurück über Baiern und Salzburg. Das Bruchstück seines Tagebuches lässt erkennen, welch tiefer und scharfer Blick für Land und Leute der Fremde ihm eigen war, und wie kräftig in ihm der bürgerliche Sinn alles Hohle und Nichtige der Gesellschaft ablehnte, wie mächtig die Sehnsucht nach einer neuen, freierlicheren Gestaltung Oesterreichs auf den Grundlagen des Ueberlieferten und des Rechtes sein gesamntes Denken beherrschte.

K. stand in der Vollkraft des Mannesalters, als der Märzsturm des Jahres 1848 das morsche Gerüst des Staatswesens aus den Stützen hob und niederbrach. Er fühlte als Landeskind, als Reichsgenosse, als Angehöriger des deutschen Volkes, dessen Sprache an seiner Wiege ertönte, dem er den ganzen Schatz seiner Bildung verdankte; auch seine Auge begrüsst mit Freude das Morgenroth einer neuen Zeit, den Hochflug der Freiheitsidee, aber seiner Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer organischen Neuerung auf dem Boden des Rechtes und des Gesetzes, sein unerschütterliches Festhalten an dem österreichischen Staatsgedanken, Liebe zur Reform

und Abneigung gegen die Revolution, die angeborene Scheu vor allem Aufdringlichen, Gewaltsamen, Sprunghaften, — Alles dies macht uns sein ablehnendes Verhalten gegen den Allesverneinenden, viel zerstörenden aber wenig schaffenden Radicalismus der Demokraten begreiflich.

Wie paradox auch manchem der Ausdruck: „liberaler Conservativer“ vorkommen mag, so entspricht er doch ganz der politischen Rolle Kaiserfelds in den Jahren 1848—49, und seine Aufsätze in dem „Grenzboten“ und in der „Grazer Zeitung“ lassen klar genug seine Denkweise erkennen.

Der provisorische Landtag der Steiermark (18. Juni bis 17. August 1848) führt unsern Kaiserfeld als Vertreter des „nicht-landständischen Grundbesitzes“ in die Strömung des öffentlichen Lebens ein, und sowohl das Redactionscomité als die Urbarial-Ablösungscommission machte ihm vollauf zu schaffen. In der 25. Sitzung (17. Juli) kam die von ihm verfasste und vertretene Adresse des Landtages, die erste Probe seiner parlamentarischen Publicistik, zur verdienten Geltung. Sie gipfelte in der Verwahrung gegen den Terrorismus des Wiener Sicherheitsausschusses. Im lebhaften Streite der Meinungen und Interessen, den die Urbarialfrage hervorrief, drang den 22. Juli sein gewichtiges Wort durch: „Die Freiheit hat ihre Schranken, und diese sind das Recht.“

Diese Ueberzeugung war es, die ihm bei seiner scharfen Kritik des bekannten Kudlich'schen Antrages vom 26. Juli und des Urbarialgesetzes vom 7. September die Feder lenkte, welche seine „Betrachtungen über die Octoberereignisse“ im Artikel der „Grazer Zeitung“ vom 1. November 1848 drang, ihn in den Aufsätzen „Zur Constituirung Oesterreichs“ den Staatsgedanken und der Rechtsstaat vertreten heisst, sein weiteres Ankämpfen wider die sogenannte Souveränität des Volkes, die Nationalitätenhetze und die Abwege des radicalen Democratismus, aber auch das Verdict gegen das „allzu ministerielle“ Gebahren der Rechten im Wien-Kremsierer Reichstage und sein offenes Wort zu Gunsten einer gediegenen Oppositionspresse begreiflich macht.

Vom Jänner bis Mitte April 1849 war K. seinem Vaterlande entrückt; er weilte als Abgeordneter der Steiermark zu Frankfurt am Main. Die Sitzungsprotokolle des Nationalparlamentes verzeichnen keine Rede aus seinem Munde, denn er war — wie er seinen Angehörigen schrieb — gekommen, um zu hören und zu lernen; eine ihm angeborene Scheu, sich hervorzudrängen, der Widerwille, Geläufiges nachzubeten, breit zu treten, oder um jeden Preis originell sein zu wollen, beherrschte ihn, und je öfter er die Paulskirche betrat, desto mehr drückte ihn der Gedanke, dass dieser ganze Aufwand parlamentarischen Lebens und Treibens hinter der Erwartung dauernden Gewinnes weit zurückbleibe. Als dann die Rückwirkung der Kremsierer Reichstagssperre und des österreichischen Verfassungsoctroy die Abgeordneten Oesterreichs in die unerquicklichste Zwangslage versetzte, anderseits der Kampf für und gegen das preussische Erbkaiserthum Deutschlands den Bruch zwischen den Anhängern des Letzteren und den Grossdeutschen vollzog, und den Oesterreichern ein weiteres Wirken im Nationalparlamente unmöglich wurde, — schied K. mit seinen Genossen aus Frankfurt (16. April 1849) und eilte der Heimat entgegen, manche herbe Enttäuschung in der Seele, welche schon seine vier Artikel „Aus der Paulskirche“ (Ende Februar bis Ende März) athmeten. — Seinen Aufenthalt in der Stadt am Main hatte eine kurze Reise nach Paris in Familienangelegenheiten (29. März bis 11. April) unterbrochen.

Daheim lebte man unter dem Eindruck der Märzverfassung des Jahres 1849 und der grossen Krise, welche der Kampf um Ungarn heraufbeschworen. K. suchte festen Boden unter den Füßen, deshalb brach er nicht wie Andere den Stab über jene Verfassung, deshalb vertrat er den österreichischen Staatsgedanken wider alle Gegner desselben und legte (in dem Artikel der „Grazer Zeitung“ vom 14. December 1849) die Lanze ein für das „österreichische Bewusstsein“ gegenüber den spöttischen Auslassungen einer norddeutschen Zeitungsstimme.

Aber ebenso entschieden gebraucht er die Feder für die Interessen seines Heimatlandes; denn für dasselbe redlich zu wirken bleibt der Kern seines Denkens und Strebens. Die October- und Novemberartikel der „Grazer Zeitung“ über die Organisation der politischen Behörden behandeln diesen wichtigen Gegenstand nach allen Seiten; sie verrathen den Autonomisten von weitem Blick, den Gegner des Scheinconstitutionalismus und der „bureaukratischen Satrapenwirthschaft.“

Dass er und Graf Gleispach vom Ministerium nach Wien berufen wurden (Anf. Juni), um bei der Gesetzgebung über die Grundentlastung mitzuwirken, beweist, wie vortheilhaft man in massgebenden Kreisen über seine Befähigung in solchen wichtigen Fragen urtheilte.

Das Jahr 1849 im Leben Kaiserfelds gewinnt aber eine besondere Bedeutung für den historischen Verein der Steiermark dadurch, dass K. an der Wiege desselben stand. Als nämlich der historische Verein für Inner-Oesterreich, das Werk Erzherzogs Johann, der Trennung und Selbstständigkeit der drei Zweigvereine: des für Steiermark, Kärnten und Krain bald Raum gab, und den 21. Juni 1849 die erste allgemeine Versammlung des historischen Vereines für Steiermark stattfand, begegnen wir unserm K. darin als einem der Mitglieder des Ausschusses. Er hatte auch dem historischen Vereine für Inner-Oesterreich angehört. Sein Ausscheiden aus dem Ausschusse Ende November 1849 änderte nichts an dem lebendigen Interesse Kaiserfelds für die Ziele unseres Vereines, es führte ihn später unter geänderten Verhältnissen zeit lebens an die Spitze desselben.

Die nächsten zehn Jahre (1850—1859), die Zeiten des absolutistischen Einheitsstaates Oesterreich, lassen K., wie so manchen andern Gesinnungsgenossen, in den Hintergrund zurücktreten und mit verschränkten Armen, aber unverwandten Blickes und mit regster Theilnahme den aufsteigenden, dann aber abwärts führenden Wegen im inneren und äusseren Leben Oesterreichs folgen.

Zunächst nahm unsern K. die Verwaltung des eigenen

Gutes in Anspruch. Er war nicht bloß Landwirth, sondern auch Inhaber eines Eisen- und Stahlhammers, eines Puddlings-, Zerre- und Streckwerkes zu Birkfeld und in der Gasen oder Gaisen, welches dann an die Innerberger Communität überging.

Aber er diente auch den Zwecken des Landes. Anfangs August 1850 zum Bürgermeister von Birkfeld gewählt, dessen Bewohner ihm in vertrauensvoller Ergebenheit zugethan blieben, versah er dies Amt mit jenem Pflichtgeföhle, das ihm in grossen und kleinen Verhältnissen eigen war. Die Landwirthschafts-Gesellschaft der Steiermark lernte seine Thätigkeit in der Leitung der Birkfelder Filiale schätzen und wählte ihn den 23. März 1858 zum Mitgliede ihres Centralausschusses. Ueberdies erscheint K. auch als Mitglied des steiermärkischen Forstvereines. Er hatte sich während des 1848er Landtages (Juli, August) in der Frage der Forstservituten als gewiegter Beurtheiler dieser schwierigen Angelegenheit bewährt. Auch das gemeinnützige Institut der steiermärkischen Landes-Sparcasse erkor ihn für den Ausschuss.

Aber vor Allem lastete dem Patrioten, dem Constitutionsfreunde und Autonomisten Kaiserfeld die Missernte der staatlichen Versuchsjahre 1852—1857, die Verfassungslosigkeit, der ufruchtbare, kostspielige und immer mehr verhasste Mechanismus der absolutistischen Aera und das bedenkliche Alleinstehen, der politische Misscredit Oesterreichs schwer auf der Seele. Er hatte 1848—49 für den Staatsgedanken wiederholt seine Stimme erhoben, das Festhalten an Oesterreich, die Sorge um dessen Machtstellung und Zukunft schärften seine Feder gegen Alles, was sie zu verneinen und zu schädigen bestrebt war. Jetzt kehrte unter wesentlich geänderten Verhältnissen diese Sorge wieder, und so erscheint denn seine Denkschrift vom Jahre 1858, deren Entstehung, Zweck und Schicksal sich der Oeffentlichkeit ebenso entzieht, wie die Ablehnung einer nahegelegten Ordensverleihung, als eine der bestgemeinten Kritiken der damaligen Zustände Oesterreichs.

„Es gibt nach unserer Meinung“, heisst es am Schlusse des bezüglichen Conceptes, „keinen irrthümlicheren Ideengang, als den,

welcher von der Wahrheit: dass für österreichische Verhältnisse die Grundsätze des doctrinären Constitutionalismus nicht anwendbar sind, zu dem Schlusse gelangt, dass für selbes daher nur der reine Absolutismus möglich sei. Als ob das Richtige nur in den Extremen liege. Die Einrichtungen, welche der Kaiser seinen Völkern gewähren wird, würden“ — so heisst es weiter im Hinblick auf den von K. angehofften Uebergang vom Absolutismus zur verfassungsmässigen Gestaltung des Staatslebens — „nicht das sein, was man nach anderen Begriffen Constitution nennt; es würde sich darin nicht die Kopfzahl, wohl aber die verschiedenen Interessen abspiegeln, welche zwar untereinander im Widerstreite stehen mögen, aber in der freien Erörterung und in dem Schutze des Staates ihre gerechte Abwägung finden. Nicht eine parlamentarische Majorität wird die Regierung beherrschen, aber alle vernünftigen und berechtigten Wünsche werden Gelegenheit finden, vor den Thron zu treten, und diesem wird nicht zugetraut werden dürfen, dass er ihnen, wenn sie von den berechtigten Organen, innerhalb ihrer Competenz und mit der Gewähr, dass sie wirkliche Bedürfnisse betreffen, vorgebracht werden, Berücksichtigung versagen werde. Der Kaiser verleiht diese Einrichtungen nicht über gestellte Bedingungen, welche ihm von einer verkehrten Ordnung der Dinge zur Annahme vorgelegt wurden, er verleiht sie im vollen unbeschränkten Machtbesitze, und Niemandem stünde das Recht zu, anzunehmen, oder die Annahme zu verweigern, oder an dieselbe Bedingungen zu knüpfen. Sie würden daher nicht der Ausfluss eines Vertragsverhältnisses sein, aber dennoch könnten sie die künftige staatsrechtliche Grundlage für Oesterreich werden und ein wirkliches Rechtsverhältniss zwischen Volk und Regenten begründen, denn nur dadurch hören sie auf, ein Blatt Papier zu sein, und werden wirkliche Institutionen.“

Der Autonomist und Anwalt einer Vertretung der Reichsinteressen lässt sich in nachstehenden gehaltvollen Worten vernehmen, mit denen sich K. gegen die Ausführungen der officiösen „Oesterreichischen Correspondenz“ vom Jahre 1854 über die Physiognomie der künftigen Landesvertretungen kehrt:

„Sollen die Landesausschüsse dem Lande wirklichen Nutzen gewähren, soll die Regierung in denselben wirklich eine Stütze finden, so dürfen sie bei den Regierten nie in Missachtung — Gleichgiltigkeit für politische Einrichtungen ist in den Wirkungen gleichbedeutend mit Missachtung — verfallen. Diese Gefahr liegt bei bloß consultativen Körperschaften und zumal bei solchen, deren Wirkungskreis sehr häufig zur Belastung des Volkes führt, sehr nahe. Organische Bestimmungen werden denselben weniger vor-

beugen als die Rücksichten, welche die Regierung diesen Körperschaften widmet, und die sie, man darf's mit Gewissheit hoffen, durch die Geschäftsordnung nicht hemmen wird, der wahre Ausdruck der Wünsche des Landes zu sein. Man darf nicht hoffen, dass die Wirksamkeit derselben in angemessener Weise zur Oeffentlichkeit gelangen werde, um das Interesse an der Institution ausserhalb der Mauern der Sitzungssäle rege zu erhalten. Die Beschäftigung mit bloß localen und provinziellen Gegenständen ist nicht geeignet, in den Landtagen die Einsicht von der Nothwendigkeit der Einheit, das Gefühl für Zusammengehörigkeit, ein sogenanntes „österreichisches Bewusstsein“ zu erzeugen und dauernd festzuhalten. Dafür allerdings wird gesorgt werden, dass in gewöhnlichen Zeiten eine provinzielle oder nationale Agitation nicht möglich sein wird. In ausserordentlichen Bedrängnissen und in einer kritischen Lage aber wird die Regierung entweder darauf verzichten müssen, die Landesvertretungen einzuberufen und somit auf die Stütze verzichten, welche dieselben gerade in solchen Lagen am werthvollsten erscheinen lassen würde, oder sie wird in manchen derselben mit separatistischen Tendenzen einen um so gefährlicheren Kampf zu bestehen haben, als unter so ausserordentlichen Verhältnissen weder in der Persönlichkeit irgend eines Regierungscommissärs, noch in einer wie immer beengenden Geschäftsordnung irgend eine wirkliche Garantie liegt.

Die Einheit des Reiches bloß durch die Regierung zu wahren, reicht wohl in gewöhnlichen, nicht aber in ausserordentlichen Zeitverhältnissen aus. Für solche muss das Interesse an der Gesamtheit wenigstens in der Mehrheit der Völker ein tief verbreitetes sein. Deshalb können die Landesvertretungen nicht der Schlussstein in dem staatlichen Neubau Oesterreichs sein, — das Wohlwollen des Monarchen wird zur Erreichung seiner grossen Absichten noch weiter gehen, er wird das Werk der Organisationen dadurch krönen müssen, dass er das Interesse an der Gesamtheit durch ein den Landtagen ähnliches Institut am Sitze seiner Regierung centralisirt; eine Reichsvertretung oder ein Reichsausschuss ist der nothwendige Schlussstein, ohne welchen alles andere unvollendet dasteht.“ —

Es schien angemessen, bei diesen Gedankengängen Kaiserfelds aus dem Jahre 1858 länger zu verweilen, weil sie einen tiefen Einblick in die politischen Anschauungen des Mannes einer bedeutenden Zukunft gewähren und aus einer Zeit stammen, da solche Aeusserungen in der Oeffentlichkeit keinen Raum fanden.

Kaiserfelds Publicistik ruht vom Ende Jänner 1850 bis zum October 1859; als er dann wieder zur Eeder griff und seine „Beiträge zu Tagesfragen“ schrieb, mit denen er sich in der Grazer „Tagespost“ einführte, war der Schlachten-donner von Magenta und Solferino längst verhallt, und über die Völker Oesterreichs ein halbes Bangen und halbes Hoffen gekommen, dass es daheim wesentlich anders werden müsse.

Die publicistische Thätigkeit Kaiserfelds in den Jahren 1859—60 bewegt sich in allen Richtungen der Interessen des Landes und Reiches. Als in den Uebergangstagen vom Octoberdiplom 1860 zum Februarpatente 1861 die verunglückten Goluchowskischen Landesstatute erschienen, schrieb K. den Artikel vom 6. November (in der „Tagespost“) unter der Ueberschrift „Was wir wollen“.

„Wie gross auch die Enttäuschung war“, heisst es hier, „es verlässt uns nicht der Muth, noch die Hoffnung. Wir bauen auf die Unwiderstehlichkeit des Bedürfnisses, das Jedem klar ist, der Augen hat zu sehen, auf die Macht der öffentlichen Meinung, die stärker ist als jeder noch so engherzige Wahlmodus, auf die Solidarität, die zwischen allen jenen Einzelnen und Stämmen besteht, welche Oesterreichs Rettung und Wiedergeburt nur in der Herrschaft der Wahrheit und vernünftigen Freiheit sehen, auf die Sympathie und geistige Mitwirkung aller Jener in den ungarischen Ländern, welche über dem historischen Rechte nicht die historische Verbindung vergessen und die Sicherung und Entwicklung des ersteren nur in der Festhaltung der letzteren erkennen.“

K. stand bald an der Schwelle eines neuen, seines an Erfolgen reichsten Lebensabschnittes. Mit 37 Gesinnungsgenossen vereinbarte und unterzeichnete er jenes Programm der Verfassungspartei „an die Wähler der Landeshauptstadt Graz“ vom 26. December 1860, das in der neuen Wende der Dinge, in der Ernennung Schmerlings an Goluchowskis Stelle (13. December) und in dem Rundschreiben des neuen Staatsministers an die Statthalter der Kronländer (vom 23. December), die freie Bahn des Constitutionalismus eröffnet fand und begrüßte. Diesem Programm folgte, bald nach dem Erscheinen des Februarpatents, der neue Aufruf „an die Wähler

der Landeshauptstadt Graz und des Bezirkes Umgebung Graz“ vom 9. März 1861, von K. und 17 Gesinnungsgenossen unterzeichnet, und elf Tage später (20. März) die zündende Wahlrede zu Weiz, seine einstimmige Wahl zum Landtagsabgeordneten der Bezirke Weiz, Gleisdorf und Birkfeld. Der rechte Mann für die rechte Zeit und am rechten Orte war gefunden, und als in der ersten Sitzung der I. Session der ersten Wahlperiode des Landtages der Steiermark (26. April 1861) Statthalter Graf Strassoldo die Ernennung des Grafen Gleispach zum Landeshauptmann und Kaiserfelds zum Landeshauptmann-Stellvertreter kundmachte, sprach er gewiss die Ueberzeugung der Besten des Landes aus, wenn er sagte, die zwei Namen Gleispach und Kaiserfeld seien „gewissermassen mit dem Begriffe einer freisinnigen Verfassung auf das Innigste verknüpft“.

Die Landtagsadresse vom 11. April war Kaiserfelds erste Arbeit.

Aber er hatte seit dem 12. April auch die Mühen und Pflichten einer geräuschloseren aber viel umfassenden und wichtigen Aufgabe übernommen. In den Landesausschuss gewählt, versah K. das Referat über die landschaftlichen Unterrichtsanstalten und die der Joanneum-Stiftung angehörenden Museen und Institute; die Leistungen des Landes für Unterrichtszwecke, die Wohlthätigkeitsanstalten desselben, die Landesausstellungen, das Strassenwesen, die Eisenbahnen, die Regulirung der Flüsse, andererseits die der Landescontrole zuständigen Agenden der Gemeinden und Bezirksvertretungen, Schulpatronat und Sanitätswesen, reihten sich in den weiten Kreis der Thätigkeit Kaiserfelds im Landesausschusse ein. Er war nun in einer Stellung, die es ihm möglich machte, seinem Vaterlande zu nützen, ein Ziel, das sein edler Ehrgeiz nie aus den Augen verlor.

Doch nicht der engern Heimat allein und in derselben sollte er nützen, ihm gebührte ein Platz dort, wo es galt, die junge Verfassung zu hüten und weiter zu gestalten, die Interessen des Reiches und der Steiermark zu wahren. Mitte April 1861 in den Reichsrath gewählt, erscheint K. bald unter

den Vordermännern des österreichischen Abgeordnetenhauses und an der Spitze der Parteigruppe, welche den Namen „deutsche Autonomisten“ führt.

Ihr Programm (v. 20. Juni 1861), an dessen Abfassung auch K. wesentlich betheiligt war, hatte den Schwerpunkt in dem Satze: „Innerhalb des durch die Staatsgrundgesetze vorgezeichneten Kreises werden wir uns angelegen sein lassen, das autonome Leben der einzelnen Länder zu schützen, zu fördern und in den, dem engeren Reichsrathe vorbehaltenen Gegenständen der Gesetzgebung die Eigenthümlichkeiten und besonderen Verhältnisse zu berücksichtigen.“

Die Darlegung der parlamentarischen Thätigkeit Kaiserfelds seit seinem Eintritt in den engen Reichsrath bis zum Jahre 1864 geht über Grenze und Zweck dieser anspruchlosen Skizze weit hinaus. Nur Einer seiner gewichtigen Reden, der vom 23. September 1862 (160. Sitzung), in der Steuerfrage, sei hier gedacht, da sie in ihrem Kerne jene Ansichten abspiegelt, denen K. bereits 1860 (Februar) in seinem ausführlichen Referate an den Centralausschuss der steiermärkischen Landwirthschaftsgesellschaft Ausdruck gegeben; es ist das Ankämpfen gegen den stabilen Kataster und dessen Mängel und wider eine Revision desselben, die auf derselben Grundlage stünde. K. war und blieb diesfalls jenen Ideen einer Steuerreform befreundet, welche sein Landsmann und Parlamentsgenosse, Franz Freih. v. Kalchberg, als Anwalt des beweglichen Katasters seit Jahren festhielt und verfocht.

Vom Sommer des Jahres 1862 an trat K. mit dem historischen Vereine für Steiermark in jene, dem Letzteren so willkommene Verbindung, welche bis zu seinem Tode fortbestand. 1861, den 17. December, war der bisherige Vereinspräses, Graf J. M. v. Attems, aus dem Leben geschieden. Die allgemeine Versammlung vom 21. Juni 1862 erwählte nun K. zum Vertreter dieses Ehrenamtes.*)

*) Im Anhang zu meiner ausführlichen Biographie, S. 445, erscheint dies durch ein Versehen ins Jahr 1863 gestellt. Auch soll es dort statt Vicepräses: Präses heissen.

Der Landtag des Jahres 1863 bot K. Gelegenheit, in mehr als einer der wichtigsten Fragen das Wort zu ergreifen und die von ihm als Berichterstatter des Landesausschusses begründete Anschauung wider alle Einwürfe siegreich zu vertheidigen.

Schwer wogen seine ausführlichen Erörterungen über das Gemeindegesetz; er hatte das Strassenconcurrentengesetz, die Regulirung und Ablösung der Waldservituten als Berichterstatter zu vertreten, und in gleicher Eigenschaft stand er für die durch den Antrag Rechbauers veranlasste Adresse an den Kaiser hinsichtlich der Amnestirung aus politischem Anlasse verurtheilter Steiermärker ein.

Zunächst galt es aber die Vervollständigung der Grazer Universität durch die Errichtung einer medicinisch-chirurgischen Facultät. Hier führte K. nicht bloß den Nutzen des Landes, sondern auch den höheren Standpunct, die Universalität der Wissenschaft, ins Feld, und als das Angestrebte ein Wirklichtes wurde, und der 15. November des Jahres 1863 als Geburtstag der vollständigen Alma Mater Gracensis gefeiert wurde, sprach K. die gedankenvollen Worte, welche hier ihren Platz nicht missen können:

„Die Universität zu meiner Zeit war nicht für die Wissenschaft, sie war für den Staat geschaffen worden. Heute ist es anders. Heute sind Wissenschaft und Lehrer frei durch sich selbst geworden. Sie haben das Heute vorbereitet, erkämpft, errungen, und darum ist die Wissenschaft auch kein Freigelassener, welchem der Schimpf vergangener Knechtschaft und die Erinnerung an einen einstigen Herrn eine demüthige Stellung im Leben anweist. Frei und unbeirrt von engherzigen Zielen und von kleinlicher Besorgnis, erziehen beide, Wissenschaft und Lehrer, heute im Menschen zugleich den Bürger und den Diener des Staates, und die Universität wird so nicht bloß eine Stätte der Wissenschaft, sie wird auch die Schule für ein freies Leben. Der Professor von heute liest nicht mehr nach jenen Heften, den ängstlich censurirten, welchen der Geist entflohen war. Der Professor von heute braucht nicht mehr ängstlich zu verbergen, dass im gegebenen Rechte denn doch alles Recht sei, und er ist noch lange kein Stürmer gegen das Bestehende und gegen den Bau der Staaten, wenn seine Kritik dem Miss-

brauch wehrt. Der Professor von heute, wenn er hinabsteigt in die tiefen Schächte der Natur, bebt nicht mehr zurück, den Schleier wegzuheben, in welchen Jahrtausende ihre Geheimnisse gehüllt; er kann ungestört von Entdeckung zu Entdeckung steigen, und kein Ketzler ist er mehr, wenn er das Walten in der Natur wissenschaftlich erklärt. So ist denn die Wahrheit auch die Grundlage des Verhältnisses des Professors von heute zum Studenten von heute; und sie, noch an den Marksteinen stehend, von welchen aus sie zurückblicken können in die Vergangenheit und ihre Oede, werden unterwiesen, den Compass des Wissens und der Bildung an der Hand, einst, gleichviel, ob vor den Kammern als die Abgesandten ihrer Mitbürger, ob in der Gerechtigkeit ernster Robe, ob in des Staatsdieners goldgestickter Uniform, ob als Gelehrte, ob als Vertheidiger oder Anwälte, ob als Aerzte, thätig in die Gesellschaft einzutreten; sie werden aber auch in jeder Lebensstellung den Geist dieser Zeit segnen, ihn pflegen, schützen, vertheidigen und in heiliger Andacht hüten, damit es nimmer werde, wie es war.“

Das Ehrendoctorat der Grazer juridischen Facultät (Dec. 1864) erscheint als gebührender Dank der Universität; K. war ja der thätigste Anwalt ihrer Gegenwart und Zukunft, und er entwickelte den gleichen Eifer, die gleichen auf der Höhe der Zeit und der Wissenschaft sich bewegenden Gesichtspunkte, als im folgenden Jahre (1864) die Reform der Studien am Joanneum, das organische Statut der Grazer technischen Hochschule an den Landesausschuss herantrat und den Landtag der Steiermark in der dritten Session seiner ersten Wahlperiode (2. März bis 7. Mai) beschäftigte.

Denn für sein Vaterland arbeitete stets sein Kopf, schlug stets sein Herz. Aus der Zeit, als Kaiserfeld (15. October bis 4. November) das Gebiet der Ennsregulirung bereiste, schrieb K. an seinen Freund und Berufsgenossen, K. v. Stremayr (16. October aus Admont): „Unser Land ist so schön, bereiten wir es für die Zukunft vor, indem wir es lehren, von sich selber Alles zu erwarten. Deshalb glaube ich, ich bin in Steiermark mehr werth als dort, wo sich die Clique mit dem Vaterland verwechselt.“

Immer entschiedener macht sich in ihm der Autonomist geltend. Seit 1864 wird der Grazer „Telegraph“ sein Leib-

organ, das alle Phasen der Landes- und Reichsangelegenheiten mit seinen Artikeln begleitet. — Im Landtage tritt er für den neuen Schienenstrang zur Verbindung der Süd- und Westbahn als wesentliches Bedürfniss der Steiermark ein, das Land habe die volle Berechtigung, eine solche Eisenbahnverbindung vom Reiche zu begehren, und zwar gegebenen Falles auch mit einer Zinsengarantie. Steiermarks Productionsstand, sein Mineralreichthum und die schwere Krise seiner Industrie liessen diese Bahn als nothwendig erscheinen. So ging denn auch die „Kronprinz Rudolfsbahn“ ihrer Verwirklichung entgegen. Von der Höhe staatsmännischer Anschauungen behandelte K. in diesem Landtage das Gemeindegesetz und die Bezirksvertretungen, für welche er entschieden das Wort nahm.

Aber es war nun auch die Zeit gekommen, welche unsern Kaiserfeld in den grossen Staatsfragen eine Haltung einzunehmen zwang, die ihn an die Spitze der Opposition gegen die verfahrenere Politik Rechbergs in der deutschen, und wider die unfruchtbare Zuwartungsmaxime Schmerlings in der ungarischen Frage stellte. Gegen Rechberg kehrten sich zunächst Kaiserfeld's wuchtige Worte in der 78. Sitzung der zweiten Reichsrathssession vom 30. Jänner 1864, als es sich um den Nachtragscredit von zehn Millionen zur Bestreitung der Bundes-Executionskosten in Holstein-Lauenburg handelte, und ein Ereigniss ersten Ranges im palamentarischen Leben Oesterreichs wurde Kaiserfelds Rede in der 10. Sitzung der dritten Session vom 1. December 1864, in welcher er seine Kritik der Staatslage und der Staatskunst Schmerlings mit den Worten schloss:

„Wenn des Grafen Rechbergs Rücktritt eine höhere Bedeutung hat, als blos die, dass ein anderer sich erhalte, dann glaube ich, ist der Zeitpunkt gekommen, dies zu beweisen. Ich habe den Glauben an die Kraft dieses Mannes nicht verloren, aber der Glauben an die Richtigkeit seiner Mittel und an die Grösse seines Freisinnes, der ist in mir tief erschüttert: durch Thaten möge er beweisen, dass dieser Glauben sich wieder aufrichten kann.“

Kaiserfeld hatte einst, im Spätjahr 1860, den Eintritt Schmerlings in das Cabinet mit aufrichtiger Befriedigung be-

grüsst, als „die letzte Karte“, welche man „auszuspielen habe“; der „Einsatz sei Oesterreich“. Wenn er jetzt seine ganze Persönlichkeit gegen die Politik Schmerlings ins Feld führte, so war es seine Ueberzeugung, dass die Lösung der inneren Staatsfrage, der Ausgleich mit Ungarn, durchgeführt werden müsse, und dieser Ueberzeugung gab auch die zweite grosse Rede in der 41. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 31. März 1865 schwungvollen Ausdruck.

Kaiserfeld fühlte als Staatsmann, dessen Herz stets bei der Sache war, die seine Gedanken erfüllte, dessen Empfänglichkeit und physische Reizbarkeit der kalten Ruhe und rücksichtslosen Energie eines sogenannten Realpolitikers entbehrte, er fühlte als idealangelegter Mensch, welcher nie die wirklichen Verhältnisse übersah, aber vor Allem die Geltung der Principien, die Macht des Rechtes hoch hielt.

Er gewahrte die bedenkliche Isolirung Oesterreichs, seinen wachsenden Misscredit nach Aussen, seine Zerfahrenheit nach Innen, den wachsenden Hader diesseits der Leitha. Die geschlossene Haltung der Deákpartei drüben, ihr unerschütterliches Beharren auf dem 1848er Standpunkte imponirte ihm, er fand den Dualismus Oesterreichs schon vor dem Jahre 1848 als bestehend, die Anschauung von einer Rechtsverwirrung Ungarns wich der Ueberzeugung von der Rechtscontinuität, und er wurde überzeugt, dass eine friedliche Auseinandersetzung mit den Magyaren das bewirken könne, was die Zukunft des Staates erheische, den inneren Frieden des Reiches und den Schutz der Verfassung. Der durch die frühere Sachlage, das Februarpatent und den Bestand eines engeren Reichstages herbeigeführte provisorische Dualismus, unfruchtbar für das Gesamtleben der Monarchie, sollte durch eine klare Rechnung mit Ungarn einem endgiltigen doppelten Verfassungswesen, aber innerhalb einer höheren Einheit, der des Gesamtstaates, den Platz räumen.

Als daher den 10. und 12. Februar des ereignissreichen Jahres 1866 Graf Melchior Lónyay, der Vertrauensmann der Deákpartei, die durch Schlesinger, den Redacteur des „Wiener

Lloyd“ oder der „Debatte“, vermittelte Wiener Zusammenkunft mit Kaiserfeld zuwegebrachte, bezeugt sein Tagebuch, wie sehr ihn das schlichte, tief angelegte Wesen Kaiserfelds anzog, wie er in ihm einen gründlichen Kenner der ungarischen Frage fand.

„Kaiserfeld war noch nie in Ungarn“, schreibt Lónyay. Selbst Budapest kennt er nicht, und ist doch über unsere Zustände vorzüglich orientirt. Er ist ein Mann von tiefer Einsicht, dem das Schicksal der Dynastie und der Monarchie wirklich am Herzen liegt, und dabei ist er eine rein constitutionell empfindende Natur. Er fürchtet, dass wenn der Ausgleich nicht zustande käme, es mit der Monarchie vorbei sei, und dass, wenn wir nicht den österreichischen Constitutionalismus stützen helfen, auch der überaus bescheidene Keim desselben zu Grunde gehen werde. Er will den Ausgleich und das gemeinsame verfassungsmässige Organ auf breitester Basis.

Wir sind bei dieser Darstellung der Zeit noch etwas vorangeeilt. Zwischen die Rede Kaiserfelds im Abgeordnetenhaus vom 31. März 1865 und jene Zusammenkunft mit Lónyay fielen Thatsachen von weiter Tragweite: Deáks Oster-Artikel im Pesti-Napló (16. April 1865), worin die Bereitwilligkeit Ungarns ausgesprochen erscheint, auf gesetzmässigem Wege ihre eigene Verfassung mit den Bürgschaften des festen Bestandes der Monarchie in Einklang zu bringen, — das Entlassungsgesuch des Ministeriums Rainer-Schmerling vom 27. Juni 1865 und die Erneuerung des neuen Staatsministers, Grafen Belcredi, mit welchem die Aera des „programmlosen“ Cabinets und der „Sistirung“ anhub, ein neues Experiment, welchem K. als Anwalt des österreichischen Parlamentarismus auf das Entschiedenste entgegentrat.

Schon in der Pettauer Tischrede vom 7. August 1865, also noch vor der Sistirung des Grundgesetzes über die Reichsvertretung, bezeichnete K. als Aufgabe des neuen Ministeriums: „Die Lösung des staatsrechtlichen Räthsels“, mit dem gewichtigen Beisatze: „sie übernehmen zu wollen ausserhalb der Verfassung, wäre aber nicht viel weniger als ein Rechtsbruch.“

Als dies nun aber eintrat, ergingen sich K' Artikel im „Telegraph“ in einer scharfen Kritik dieses beklagenswerthen

Schrittes; in Landtage (25. November 1865) bezeichnete K. an der Spitze von 43 Gesinnungsgenossen die Gründe der Regierung als juristisch und politisch irrig; „der Boden der Verfassung sei aufs Tiefste erschüttert und Oesterreich wieder in eine stürmische Zukunft und Unsicherheit gestossen, welcher es kaum erst glücklich entronnen wäre“, und weit hinaus über die Grenzen der Steiermark drang sein Wort, womit er die Landtagsadresse, sein Werk, (2. Dec. 1865) begründete.

„Wenn ein grosser Kirchenfürst angeblich geäussert habe: Die Deutschen müssen etwas thun für ihre Verfassung, so setze ich hinzu: die deutschen Landtage müssen etwas thun für die Verfassung, sonst würden sie verächtlich.“

Wir begreifen, dass gerade die Sistirungspolitik Belcredis, die Gefährdungen der Verfassung und die Besorgniss vor föderalistisch-nationalen Gegenbestrebungen Kaiserfeld den Ungarn näher rückten.

Seit Mitte Februar trat K., wie wir sahen, durch Lónyay mit Deák und Eötvös in engere Beziehungen. Sein Leitartikel im „Telegraph“ vom 20. Februar 1866 begrüsst mit Wärme die Adressrede des Freiherrn von Eötvös und in dem folgenden vom 25. Februar („Diesseits und Jenseits“) trat er als Autonomist für das Zusammengehen mit der Verfassungspartei jenseits der Leitha in die Schranken.

„Wir wollen den engeren Reichsrath“, schrieb er im Leitartikel — „der Glaube der deutschen Autonomisten“ vom 6. März (1860) — „weil wir im Dualismus für lange Zeit die einzige Form sehen, unter welcher Oesterreich möglich ist, und weil wir in dieser Institution allein den Schutz unserer Nationalität erblicken. Wir wollen, dass diese Seite ebenbürtig neben Ungarn stehe. Wir wollen diese Institution, weil es keinen Staat von Bedeutung in der Welt gibt ohne eine politisch führende Nationalität . . . Wir hassen den Föderalismus, denn er ist ein Rückschritt; er wäre eine Todeswunde, dem Reiche geschlagen; die Freiheit und Autonomie, mit der man ihn rechtfertigt, ist eine Heuchelei. Wer mit ihm kokettirt, in dem erblicken wir einen Gegner; wir machen kein Hehl daraus.“

Dass aber der Ausgleich mit Ungarn theurer erkauft wurde, als es K. ahnen mochte, dass der Dualismus zu einer

die Sonderbestrebungen auch anderer Nationalitäten herausfordernden Zweitheilung der Monarchie führte, war die Folge eines schweren Verhängnisses, das sich im Juni und Juli des Jahres 1866 auf den Schlachtfeldern Böhmens vollzog.

K. traf dies hart und tief. Wer seine März-Artikel den vom 13. April und 13. Mai, im „Telegraph“ liest — vor Allem der letztere: „In hoc signo vinces!“ überschrieben, empfängt den vollen Eindruck seiner Liebe für, seiner Sorge um den für seinen Bestand sich rüstenden Staat.

„Das Haus Habsburg“, heisst es hier, „welches Ungarn und seine Nebenländer besitzt, die nicht eine Westmark Russlands werden dürfen, und das durch seine deutschen Erblande Fuss in Deutschland hat, hat einen Beruf, an den es sein Alles setzen muss. In der Erkenntniss und in der Erfüllung dieses Berufes liegt die Lösung auch des Räthsels der ungarischen Frage. Die Gefahr ist gross, aber nie gab es einen Moment, der für Oesterreich günstiger gewesen wäre, um über seine Feinde dauernd sich zu erheben. Wer jedoch hier vor dem Parlamentarismus, dort vor der Erfüllung deutscher Volkswünsche scheu zurückbebt, wer an Kühnheit den Gegnern nicht ebenbürtig wäre, wer etwa noch auf Restaurationen sänne, oder in Concordaten die Sicherheit für die Macht des Fürsten erblickte, der allerdings begriffe die Grösse des Moments nicht und wäre unfähig, ihn zu benützen.“

Wie sehr er unter der Nachricht von der Katastrophe bei Sadowa-Königrätz (3. Juli) litt — sie hatte ihn auch als Vater betroffen, da sein einziger Sohn von einer Shrapnelkugel an der Schulter verwundet wurde — das beweist am besten sein erster Brief an den ungarischen Staatsmann August v. Tréfort vom 5. Juli, den ein begreiflicher Pessimismus durchzieht, ein herber Schmerz über den Niedergang der Machtstellung Oesterreichs.

Und nachdem sich sein Gemüth von der ersten Betäubung erholt, ist sein ganzes Denken der Staatsfrage zugewendet. Lónyay setzte sich (Juli 1866) durch Schindler mit den Parlamentariern Cisleithaniens in Verbindung. Schindler meinte, es wäre das Beste, je drei von der Deákpartei mit je einem Vertreter der drei Fractionen der Verfassungspartei im Abgeordnetenhaus zu einer Besprechung zusammenzuführen.

Deák, Andrassy und Lónyay sollten mit Kaiserfeld (Autonomist), Herbst (Unionist) und Giskra (Grossösterreicher) conferiren. In einem Briefe vom 10. August an Tréfort entwickelt K. seine Ansichten über die verworrene Sachlage im Innern und Oesterreichs Stellung nach Aussen. Der Ausgleich mit Ungarn erfüllt seine Seele, aber er verkennt auch dessen Schwierigkeiten nicht.

„Wohl bedurfte Oesterreich“, heisst es da unter Anderm, „eines Mannes, der grosse Ideen und eine rücksichtslose Energie besässe; aber es ist schwer, in diesem von Widersprüchen erfüllten Staatswesen ein Stein zu sein und daher fast unmöglich, einen Stein zu finden. — Leichter als nach Innen erschiene mir die Aufgabe, die nach Aussen einzuhalten ist. Oesterreich kann nur durch die Berührung mit Deutschland gewinnen. An die Stelle des zerrissenen und in der Weise seines Bestandes unfruchtbar gebliebenen Verhältnisses kann ein neues, fruchtbares treten. Bismarck ist leider nur preussisch und nicht deutsch, aber der Bildungs- und Freiheits- und der nationale Drang der Deutschen werden stärker sein als er. Oesterreich darf an keine Politik der Gereiztheit und Vergeltung denken; in der politischen Sympathie zu Deutschland — selbst mit preussischer Spitze — und zu Italien wird es frei sein und wirthschaftlich erstarren können.“

Den 14. August traf Lónyay in Graz ein, um sich mit K. zu besprechen; um diese Zeit hatten auch schon die Ausgleichsverhandlungen in der Wiener Hofburg begonnen, denen bereits der neue Mann für die neue Situation, der sächsische Exminister Beust, alsbald der Nebenbuhler Belcredis, beiwohnte; noch schwankte die Wage zwischen Beiden, gleichwie zwischen der Sistirungspolitik und der des Ausgleiches auf parlamentarischem Wege; erst der 7. und 8. Februar 1867 brachte die Entscheidung: Beusts Ministerpräsidentschaft und die Berufung Deáks in die Hofburg.

In die Zwischenzeit, vom September 1866 bis Frühjahr 1867, fällt die wichtige Besprechung vom 8. und 9. September 1866, welcher Kaiserfeld, Rechbauer, Stremayr, Moriz Ritter v. Franck, Giskra, Sturm, Franz Gross und andere Männer der Verfassungspartei anwohnten. Ihr Ergebniss war das sogenannte

„Ausseer Programm“, das im Wesentlichen die Ueberzeugungen Kaiserfelds athmet.

Eine der Hauptstellen desselben lautet: „Unter den verschiedenen Formen, welche angesichts der gegebenen Verhältnisse in der staatsrechtlichen Gestaltung der Monarchie denkbar sind, sprechen wir uns mit Rücksicht auf das durch die Verfassung des Reiches gewährleistete Recht Ungarns für einen durch die Anerkennung gemeinsamer Angelegenheiten begrenzten Dualismus aus. Da wir den Absolutismus in allen Sphären des Staatslebens ausgeschlossen wissen wollen, so können wir als die Grundlage einer Vereinbarung mit dem ungarischen Landtage nur die gemeinsame parlamentarische Behandlung der als gemeinsam anerkannten Angelegenheiten uns denken.“

Und in seiner Landtagsrede vom 10. December 1866, deren kräftige Worte im Ministerium des Innern, aber auch auf dem Ballhausplatze der Residenz unbehaglich wirkten, zeichnete er die äussersten Folgen der Sistirungspolitik: die Gleichgiltigkeit gegenüber dem Zerfalle des Reiches, und brach für den engeren Reichsrath gleichwie für den Dualismus seinen Speer.

„Die Garantien der politischen Freiheit und einer parlamentarischen Regierung“ — lauteten seine Worte — „liegen daher in Oesterreich anderswo, sie liegen im engeren Reichsrathe diesseits der Leitha, und in dem Landtage für die Länder der ungarischen Krone. Stärken wir daher diese Institutionen, und wir werden für die Freiheit und das constitutionelle Recht wahrscheinlich besser, für den Bestand des Staates gewiss nicht schlechter sorgen.“

Der Dualismus ist allerdings eine Form, die nicht einen Staat macht, doch wird in der Ausführung die Nothwendigkeit Vieles mildern. Immer aber wird der Dualismus mehr Kraft und mehr Garantie bieten als der „Pluralismus“, und wenn der Dualismus „Zwiespalt“ ist, so weiss ich nicht, wie ich den Pluralismus anders nennen soll, als „Vielspalt“.

Als daher Belcredi zu der letzten Vertheidigungswaffe, zu dem äussersten Rettungsmittel seines Systems griff und das Patent vom 2. Jänner 1867, die Einberufung eines „ausserordentlichen“ Reichrathes veranlasste, erklärte K. in einem offenen Briefe vom 8. Jänner 1867 (Neue Freie Presse Nr. 9),

dieses Experiment schlage der Verfassung den Boden völlig ein; er könne sich einem Beschlusse unterwerfen und darauf verzichten, in seinem Landtage die Nichtbeschickung des ausserordentlichen Reichsrathes zu beantragen, niemals aber könne seine Selbstverleugnung so weit gehen, in demselben die Beschickung zu vertheidigen oder wohl gar ein Mandat in den Reichsrath anzunehmen.

Die Wiener Abgeordnetenconferenzen vom 13. Januar und 12. Februar 1867, denen auch K. beiwohnte, gingen der neuen Lebensthätigkeit des wiedererstandenen Reichsrathes vorher, der an das schwierige Werk, an den endgiltigen Ausgleich mit Ungarn heranzutreten hatte.

Schon im April schien der neue Ministerpräsident, von Beust, gewillt, Kaiserfeld für ein Ministerportefeuille oder für die Präsidentschaft des Abgeordnetenhauses heranzuziehen. K. war jedoch von der leichtblütigen Art Beusts ebensowenig erbaut, wie von der Unkenntniß des geriebenen und geschmeidigen Diplomaten in den österreichischen Verfassungszuständen — und lehnte die bereits genehmigte Präsidentschaft mit der Motivirung ab, er sei ein zu ausgesprochener Parteilmann, als dass er die Mehrheit des Hauses hinter sich haben könnte.

Um diese Zeit trat auch eine für das Gewicht der Verfassungspartei wichtige Fusion der beiden Clubs, des der „Unionisten“ unter Herbsts Führung und der „Autonomisten“ ein, deren Fahne K. emporhielt. So verstärkte sich die Phalanx der Männer des Ausgleiches, für welchen K. in der Reichsrathssitzung vom 13. November so entscheidend das Wort ergriff, und der Weg für die Gestaltung des sogenannten Ministeriums Carlos Auersperg oder für das „Bürgerministerium“ war geebnet. Mit dem Jahresschlusse 1867 trat es in Thätigkeit, und mit ihm begann die für das Verfassungsleben Oesterreichs fruchtbarste Periode.

Doch bevor wir den Schritt ins Jahr 1868 machen, von welchem ab K. dem Höhepunkte seines öffentlichen Wirkens zusteuert, müssen wir einiger Thatsachen der Jahre 1866/7

gedenken, welche uns ihn in seiner gemeinnützigen Thätigkeit für die Steiermark vorführen.

Wir wissen, dass K. zu den hervorragendsten Förderern der Interessen der steiermärkischen Landwirthschaftsgesellschaft zählte. Seine Wahl zum Präsidenten derselben (26. September 1866) war die Anerkennung dessen, und nahezu zehn Jahre stand er diesem Vertrauens- und Ehrenamte vor. In den Ausschüssen für die Gemeindeangelegenheiten, für den Neupaur'schen Antrag, betreffend das kaiserl. Handschreiben an Minister Belcredi vom 13. October 1866, worin den Völkern Oesterreichs die „dankbarste Anerkennung für die Beweise der Treue und edlen Aufopferung“ ausgesprochen wurde, aber das Schweigen über die Verfassungsfrage doppelt auffiel, und für das Joanneum-Statut mit seinen organischen Bestimmungen über die mit der Joanneum-Stiftung verbundenen Institute — machte sich das Gewicht seiner Persönlichkeit geltend, und wie er in der 4. Session der ersten Wahlperiode (26. November 1865 bis 16. Februar 1866) als Berichterstatter in den Angelegenheiten der Regulirung der Grundlastenablösung und in der Frage der Bildung von Hauptgemeinden erfolgreich zum Worte griff, so war es in der 5. Session (19. November bis 12. December 1866) die Aenderung des § 15 des organischen Statuts für die technische Hochschule, die Entsumpfung des Pessnitzthales und die Sannregulirung, vor Allem aber die Auflösung, Neuwahl und Wiedereinberufung der Landtage und des Reichsrathes, was ihn zur beredten Geltendmachung seiner Ueberzeugungen herausforderte. Wie ernst er es mit dem Wirkungskreise des Landtages nahm, bewies er doch auch in der Reichsrathsdebatte vom 7. December 1867 (50. Sitzung), als es sich hier um die Competenz des Reichsrathes in der Polizeigesetzgebung und in der Legislation für Volks-, Mittel- und Hochschulen handelte.

„Gehen Sie doch nicht immer“, sprach da K., „von dem Misstrauen aus — der Landtag hätte nicht dasjenige Interesse, welches Sie für gewisse Dinge haben; vertrauen Sie den Landtagen; dieselben wissen, dass sie gerade im Unterrichte für ihre

Generation, für die Zukunft ihres Landes sorgen, vertrauen Sie dem Wetteifer, der dadurch zwischen allen Ländern entstehen wird und in welchem es sich darum handelt, welches die Palme des Sieges davontragen werde in dem dankbarsten Zweige alles Selfgovernements, in dem Unterrichtswesen.“

Der October des Jahres 1867 beschied unserm K. die Wahl in den Ausschuss für den finanziellen Ausgleich mit Ungarn, der December bescheerte ihm die Wahl in die erste österreichisch-ungarische Delegations-Versammlung für das Jahr 1868, und der Jänner des letzteren das Ritterkreuz des Leopold-Ordens. Wie er darüber dachte, wie ihm der Gedanke peinlich war, dass ihm, dem Volksvertreter, „der Schild seiner uneigennütigen Ueberzeugung“ durch schiefe Ansichten entwunden werden könne, lernen wir aus dem Tagespostartikel vom 13. Jänner 1868 ebenso kennen, als die Thatsache, dass K. zu dem Staatskanzler Beust, dem diplomatischen Routinier und Fremdlinge in den österreichischen Verhältnissen, kein Vertrauen fassen konnte.

Die Gerüchte, dass K. den steiermärkischen Statthalterposten erlangen sollte, waren verfrüht, jedenfalls entsprach auch ein solches Amt weder seiner Vergangenheit noch seiner Eigenart; er war für eine Stellung ausersehen, die in jeder Hinsicht an ihm den rechten Mann fand. Den 21. Jänner traf ihn die Wahl zum Vicepräsidenten der Reichsrathsdelegation, drei Wochen später stand er an der Spitze des Abgeordnetenhauses als erster Präsident desselben durch Wahl (10. Februar 1868), und das allgemeine Vertrauen erneuerte dieselbe den 14. December 1869 für die fünfte Session des Reichsrathes vom 14. December 1869 bis 21. Mai 1870.

Wir müssen darauf verzichten, die musterhafte Amtsbekleidung Kaiserfelds als Präsidenten des Abgeordnetenhauses in zwei Reichsrathssessionen des Breitem zu erörtern. Es genüge zu erinnern, dass die legislativ so bedeutende Arbeit des Ministeriums Carlos Auersperg und des Abgeordnetenhauses sich unter seiner parlamentarischen Leitung vollzog, und dass er stets redlich bestrebt war, die Freiheit der Rede mit der Würde des Hauses ins Gleichgewicht zu setzen.

Aber auch die Steiermark war der Gegenstand der Fürsorge Kaiserfelds, der in seiner Eigenschaft als Abgeordneter und Mitglied des Landesausschusses der Heimat verbunden blieb. In der zweiten Session der zweiten Wahlperiode des heimischen Landtages (22. August bis 6. October 1868) griff er wiederholt mit bedeutenden Reden ein; so den 10. September für die Adresse, den 2. October in der Debatte über den Bericht des Verfassungsausschusses betreffend den Antrag auf Abänderung des § 16 der Landesordnung vom 26. Februar 1861 zu Gunsten directer Reichsrathswahlen, und den 5. October, als das Schulaufsichtsgesetz zur Verhandlung kam. Treffenderes als das, was in der Adressrede K. über den gegenwärtigen Beruf der Kirche sagte, lässt sich nicht leicht vorbringen, und ebenso bedeutend ist das, was er zu Gunsten directer Reichsrathswahlen vorbrachte. In der Reichsrathsrede vom 16. October 1867 als Berichterstatter über den Rechbauer'schen Antrag in Hinsicht dieses Gegenstandes hatte er die Vorzüge eines „Volkshauses“ im Wege directer Wahlen anerkannt, aber das Unstatthafte einer Vermischung directer und aus den Landtagen hervorgehender Wahlen beleuchtet.

Im Landtage vom 9. September bis 30. October 1869, dessen bedeutendsten Reden in der vom 12. October (dreizehnte Sitzung) gipfelten, als K. gegen den Antrag Rechbauers und der Majorität des Ausschusses auf ein „Länderhaus“ oder eine „Länderkammer“ statt des Herrenhauses — neben der „Volkskammer“ (Abgeordnetenhaus) das Wort nahm, — begegnen wir ihm als Obmanne des Ausschusses für Gemeinde- und Bezirksvertretungen, des für Armen- und Siechenwesen und des Subcomités vom Verfassungsausschusse, andererseits als Mitglied des Ausschusses für Strassenwesen und der Landescommission zur Durchführung des Grundsteuergesetzes gleichwie als Berichterstatter über die Regierungsvorlage, betreffend den Grundtausch, ferner über öffentliche, nicht-ärarische Strassen, Armenhäuser und Armenpflege.

Kaiserfeld wirkte erfolgreich für die Bürgerschulen des Landes, für die Siechenhäuser, die agronomischen und Regni-

colar - Ausstellungen; die Herstellung eines mustergiltigen Landesarchivs durch Vereinigung des Joanneumarchivs mit den historischen Actenbeständen der landschaftlichen Registratur erfreute sich gleichfalls seiner wirksamsten Unterstützung. Die 21. allgemeine Versammlung des historischen Vereines für Steiermark vom 30. Juni 1869 wählte ihn mit Acclamation zum Ehrenpräsidenten, während die Geschäftsleitung dem Vorstande zufiel. Als Ehrenpräsident wahrte K. dem historischen Vereine, an dessen Wiege er gestanden, die werththätigste Theilnahme bis zum Augenblicke seines Scheidens aus dem öffentlichen Leben.

In seiner Stellung als Präsident des Abgeordnetenhauses und Obmann des Clubs der Linken an der Quelle und inmitten der Strömung des parlamentarischen Lebens Oesterreichs andererseits als patriotischer Anwalt der Verfassung gewährte K. mit steigender Bekümmerniss die wachsende Trübung des politischen Himmels diesseits der Leitha, die Anzeichen einer Zerklüftung der Verfassungspartei und die beklagenswerthe Selbstzersetzung des Bürgerministeriums.

Schon in der Rede, mit welcher er die vierte Reichsrathssession (14. Mai 1869) schloss, sprach er die gehaltsschweren Worte:

„. . . Eine Gefahr liegt auch an sich nicht in Denjenigen, welche jede Verfassung hassen, oder welche andere, mit dem Bestande Oesterreichs unvereinbare und daher unmögliche staatsrechtliche Bildungen träumen. Die Verfassung wäre erst dann ernstlich bedroht, wenn ihre eigenen Freunde sie verliessen, wenn diese jener krankhaften Unzufriedenheit und jener verderblichen Ungeduld verfielen, welche immer nur für Mängel, und niemals oder nur sehr selten für den Werth ein Auge hat, der Alles gering und werthlos scheint, was man errang, und die verwirft, was man besitzt, weil die Erfolge zu langsam reifen; die, weil sie der Macht der Verhältnisse keine Geltung zugestehen will, auch nicht gerecht zu sein versteht, die unstät tastend von Versuchen zu Versuchen treibt und dadurch jener Coalition von Extremen den Sieg zuführt, welche man die moderne Reaction nennen kann, die aber die verruchteste von allen ist, weil sie alle Schichten der Gesellschaft corrumpirt. . . .“

Noch vor der Ministerkrise vom December 1869, aus der sich dann das kurzlebige, reconstruirte Ministerium unter der Präsidentschaft Hasners entpuppte — war an K. nochmals die bereits 1867 aufgetauchte Frage des Grazer Statthalterpostens herangetreten. Wie K. darüber dachte, geht am besten aus seinem Schreiben vom 8. August 1869 an Streymayr hervor:

„. Was die Haupt- und Staatsaction, auf welche Du in Deinem letzten Schreiben anspielst, betrifft, so wirst Du wohl, wie Du mich kennst, wissen, dass ich nicht Mecséry's Nachfolger werden kann. Ganz abgesehen von dem Umstande, dass eine mit Repräsentation verbundene Stelle meinen Lebensgewohnheiten widerstreitet, — ein Umstand, der allerdings nicht als entscheidend in die Wagschale fallen kann — machen mir die Liebe zu meiner gegenwärtigen Stellung, das Bewusstsein, dass ich in derselben meinem Lande weit praktischere und erfolgreichere Dienste als als Statthalter leisten kann, das Gefühl, welches mir fast instinctiv sagt, dass all' mein Wirken an die Bedingungen voller Unabhängigkeit geknüpft sei, die Uebnahme eines Regierungsamtes trotz oder vielleicht gerade wegen der persönlichen Freundschaft zu den heutigen Männern der Regierung unmöglich.“

Nichts kennzeichnet besser die tieferregte Stimmung Kaiserfelds angesichts der drohenden Vorzeichen eines neuen Systemwechsels und der wachsenden Anfeindung der Verfassung, als seine Rede vom 19. Jänner 1870 (7. Sitzung des Abgeordnetenhauses), nachdem er den Präsidentenstuhl mit der Tribüne vertauscht, eine Rede, deren Spitze sich gegen den Reichskanzler Beust kehrte, und die derselbe in seiner Erwiderung vom 22. Jänner nicht sonderlich abzustumpfen in der Lage war.

Die Ereignisse gingen rasch, dem Ministerium der „Reconstruction“ folgte bald das „Uebergangsmministerium“ Potocki, und am 21. Mai erfolgte die Auflösung des Reichsrathes und der Landtage mit der Anordnung von Neuwahlen. Nun galt es, von Seiten der Verfassungspartei, deren „Unterliegen“ Kaiserfeld in seiner Schlussrede (vom 8. April 1870) als Präsident des Abgeordnetenhauses so warm und so vornehm beleuchtet

hatte, sich zu sammeln und zu verständigen. In ihrer Wiener Versammlung vom 22. Mai 1870 übernahm K. das Referat über die Aufrechthaltung des Dualismus als einer Bürgerschaft für den Bestand des constitutionellen Systems in Oesterreich und brachte diesen Punkt ohne Debatte zur Annahme.

Für seine Werthschätzung in deutschliberalen Kreisen spricht am lautesten die Ernennung zum Ehrenbürger der deutschböhmisches Städte Brüx und Aussig (April 1870). Sie musste ihm doppelt wohlthun, als er im Wahlkampfe der Steiermark zum Schlusse des Juni d. J. — trotz des Eindruckes seiner Gleisdorfer Rede vom 19. Juni — bei der Wahl des Landgemeindenbezirkes Weiz, Gleisdorf, und Birkfeld vom 23. Juni gegen Freiherrn von Gudenus den jüngeren, unterlag. So bedenklich viel Feld hatte die Gegnerschaft der Verfassungspartei gewonnen. Dafür entschädigte ihn allerdings die Hartberger Wahl, woselbst er (27. Juni) mit 300 gegen 150 Stimmen siegte, und die gleichzeitige einstimmige in Murau. So hatte die Gruppe der Städte und Märkte den unerwarteten Ausfall der Wahlen in der Gruppe der Landgemeinden für K. glänzend gestüht, und den gleichen Zweck hatte später (15. November) die Resolution des Weizer liberalen Vereines.

Als aber den 20. August 1870 die erste Session der dritten Wahlperiode des steiermärkischen Landtages begann, eröffnete ihn Kaiserfeld bereits als Landeshauptmann und Nachfolger eines Mannes (Graf Gleispach), dem er seit 1848 persönlich und politisch nahe und vom Jahre 1861 ab in der Leitung landschaftlicher Angelegenheiten und des Landtagswesens als Stellvertreter zur Seite gestanden.

Der Steiermark durch Geburt, Leben und Beruf 60 Jahre angehörig, ein genauer Kenner ihrer Bedürfnisse, der Beschaffenheit des Landes und seiner Bevölkerung, Autonomist, aber von dem höheren Gesichtspunkte des gesamtösterreichischen Verfassungsstaates und Verfassungslebens dabei geleitet, trat K. auf einen Posten, den ihm nicht leicht ein Zweiter streitig machen durfte, und die reiche parlamenta-

rische Erfahrung, das Geschick, in grossen Verhältnissen anregend, tonangebend und vermittelnd einzugreifen, brachte er dieser letzten, bedeutenden Berufsstellung entgegen; das moralische Gewicht seiner Persönlichkeit hielt so manchen ungestümen Angriff, so manche leidenschaftliche Aufwallung zurück, ebnete den höher steigenden Wellenschlag der Meinungsäusserungen und ersetzte so jene eiserne Willenskraft und jenen kalten, nervenstarken Gleichmuth, die, dem Wesen Kaiserfelds fremd, in ihren dauernden und günstigen Wirkungen häufig überschätzt werden.

Vor und in die Anfänge der Landeshauptmannschaft Kaiserfelds fiel eine Kundgebung friedlichen Wettewifers, die Grazer Landesausstellung des Jahres 1870, der erste Versuch dieser Art. Im April hatte K. den Vorsitz der Bausection und des Executivausschusses übernommen; fünf Monate später (23. September) begrüßte er den Monarchen als vornehmsten Ehrengast auf dem Empfangsplatze.

Noch so vielen Mühen und Erregungen, die ihm das wechselvolle Jahr bescheerte, flüchtete er sich gern wie immer in die erquickliche Ruhe des Gebirges, auf Schloss Birkenstein, inmitten seiner Birkfelder, die ihm den 15. October einen feierlichen Willkomm bereiteten. Ende October musste er wieder nach Graz zurück, um hier den Vorsitz im Comité der Grazer landwirthschaftlichen und Gewerbe-Ausstellung zu übernehmen.

Der 17. November vereinigte ihn und Viele zur Feier des 70. Geburtstages des würdigen Dichters und wackeren Sohnes der Steiermark, G. R. v. Leitner; es war ein bedeutender Augenblick, als der Landeshauptmann auf den vieljährigen landschaftlichen Secretär, der aus der vormärzlichen Steiermark sein Dichterherz und seinen idealen Sinn für die höchsten Güter in die nachmärzliche hinübergewonnen und verwerthet hatte, das Glas erhob.

Das Jahr 1870 schloss trübe für K., und das nächste — 1871 — verdüsterte sich noch mehr. Den 26. Jänner schied seine Gattin, die treue Genossin guter und schlimmer

Tage, aus dem Leben, und der Vereinsamte empfand doppelt schwer die Heimsuchung der Verfassungspartei, als der Februar 1871 das Ministerium Hohenwart und den Versuch einer föderalistischen Lösung der inneren Frage bescheerte.

Unter den nächsten Kundgebungen Kaiserfelds über die neue Sachlage ist, abgesehen von seinen Worten in der Gleisdorfer Wählerversammlung (2. März), die Brucker Tischrede vom 8. Mai 1881 die bedeutsamste. Er hatte sich in das freundliche Städtchen an der Mur verfügt, um als Ehrenbürger derselben — seit dem Spätjahre 1866 — für die Männer, „die eine Vergangenheit haben“, das Wort zu ergreifen, und die Herausforderung des gegnerischen Lagers, man brauche jetzt Männer, die „keine Vergangenheit hätten“, zu beantworten.

Die Landtagswahlen setzten alsbald das Ober- und Unterland in lebhafte Bewegung. K. war zunächst als Candidat des Judenburger Landgemeindenbezirkes vorgeschlagen worden, doch kam es (5. September) zu seiner Wahl für die Gruppe der Städte und Märkte in Hartberg.

Im Landtage selbst, der am 14. September 1871 als vierte Session der zweiten Wahlperiode begann, bot der Antrag Heilsbergs, die Rechtsverwahrung gegen den Ministerialerlass vom 16. Juli 1871, den Anstoss zu erregten Debatten, bei welchen K. den Angriff des Slovenenführers Michel Herman auf die Februarverfassung und die Decembargesetze entschieden zurückwies (30. September). Auch die Schlussrede des Landeshauptmanns vom 14. October 1871 vertrat die Sache der Verfassung, indem sie die Missgriffe des Ministeriums Hohenwart als Quelle der verworrenen Sachlage bezeichnete.

Weit eingehender und schärfer konnte dies in der Rede Kaiserfelds vom 19. November geschehen, mit welcher er sich an seine Wähler zu Hartberg wandte und unter Anderm die Worte sprach:

Unser Gewissen ist rein. Wir vertheidigten in der Verfassung die letzten Rechte und Attribute eines Reiches; es ist nicht wahr, dass diese Verfassung eine alle Eigenthümlichkeiten und alle Autonomie vernichtende sei; wir vertheidigten die Ver-

fassung, die Zukunft unserer Nationalität. Es ist eine Unwahrheit, wenn man sagt, wir beeinträchtigten die Rechte der übrigen Nationalitäten. Wir haben Recht und Freiheit nicht für uns behalten; wären wir rücksichtsloser gewesen, wir besäßen noch heute unsere Macht. —

Mitten in diese schwüle politische Lage fiel eine erhebende Feier, welche den Blick in die Vergangenheit und einem Manne von unsterblicher Bedeutung für alle Zeiten zuwandte; es war dies die Keplerfeier vom 15. October zu Mülleck bei Graz, die den Landeshauptmann der Steiermark der Gegenwart und Vergangenheit deutscher Wissenschaft und der Väter gedenken hiess, welche ihr an der äussersten Grenze deutschen Culturlebens heilige Stätten errichtet hatten.

Das Ministerium Hohenwart nahm und erhielt den 30. October 1871 seine Entlassung; zwei Tage später folgte ihm Reichskanzler Beust; am 25. November trat das neue Cabinet, das „Doctorenministerium“ Adolf Auersperg ins Amt; es schien die zweite Blütezeit der Verfassungspartei gekommen zu sein, aber auch sie sollte bald der Wurm des Misstrauens und des Unfriedens im eigenen Lager zerstören, bevor die Frucht dauernd ansetzte.

K. begrüßte mit Genugthuung den Wechsel der Dinge, aber vermochte sich nicht mehr seiner ohne Anwendung trüber Ahnungen zu erfreuen. Als er — seit 22. December zum lebenslänglichen Mitgliede des Herrenhauses ernannt — Mitte Jänner 1872 den Weg nach Wien einschlug, um die Angelobung zu leisten, war die Adressdebatte im Zuge.

K., den am 14. März der Linzer liberalpolitische Verein Oberösterreichs mit einer Adresse als einen Vordermann seiner Bestrebungen ehrte, begriff die Wichtigkeit der Zeitlage, das bedauerliche Sinken des Einflusses der Verfassungspartei, die Nothwendigkeit, den gegnerischen Bestrebungen die Spitze zu bieten. So erklären wir uns den Zweck seiner damaligen Artikel im steirischen „Dorfboten“.

Der Landtag (5. November bis 7. December 1872), den er mit Worten der Befriedigung über die neue Festigung der

Verfassung und des Staatsgedankens eröffnete, verlief geschäftsmässig und ohne Störungen, und daneben rüstete sich auch die Steiermark, um an der Wiener Weltausstellung des Jahres 1873 Theil zu nehmen. K. befand sich seit März als einer der drei Vicepräsidenten im Grazer Executivcomité, dessen Aufruf den 7. März an das Land erging. Niemand ahnte wohl, dass das Jahr der Weltausstellung auch das des Börsenkrachs sein, und dieser sich nicht bloß über die tolle Speculation vernichtend ergießen, sondern auch andere Kreise und Interessen in seine Wirbel ziehen werde.

Das Frühjahr 1873 hielt K. mit verschiedenen wichtigen Angelegenheiten in Athem. Zunächst setzte er seine ganze Persönlichkeit ein, um die Regierung zur Einbringung einer Vorlage zu bewegen, in welcher die beiden für Steiermark ungemein wichtigen Eisenbahnlinien Knittelfeld—Zapresic und Wien—Novi eingestellt wurden. Die unvermuthet ablehnende Haltung des Ministerpräsidenten ging dem Landeshauptmanne der Steiermark sehr nahe.

Im Herrenhause wurde damals die Regierungsvorlage betreffend die Strafprocessordnung verhandelt, und sie gab K. Anlass, in der 34. Sitzung (17. April) eine gedankenreiche Rede über den selbstständigen Wirkungskreis der Gemeinden mit besonderer Rücksicht auf die Localpolizei und deren Ausscheidung zu halten.

„Man sage mir nicht“, sprach K., „dass ich damit die Autonomie umgebracht habe. Das Wort Autonomie gehört nicht hierher, man sollte vielmehr von der Selbstverwaltung sprechen. Die Selbstverwaltung bedingt aber nur, dass Dinge des öffentlichen Interesses und dass öffentliche Pflichten von Männern aus der Bevölkerung besorgt und geleistet werden; dass die Mittel hierfür durch selbst aufgebrachte Steuern von der Bevölkerung geschafft werden, und dass Pflichten und Dienste ausgeübt werden nach dem Gesetze und innerhalb des Gesetzes. Die Selbstverwaltung fordert nicht, dass der Staat von den Gemeinden wie durch eine chinesische Mauer abgeschlossen werde.“

Die Wahlbewegung für das Abgeordnetenhaus nach dem neuen Princip der directen oder unmittelbaren Wahlen begann

nach dem Schlusse des Reichsrathes (24. April 1873) und nahm K. als einen der Führer der Verfassungspartei vollauf in Anspruch. Seine Rede beim Grazer Wahlreformbankett (28. April), sein Vorsitz im Grazer Centralcomité, sein Antheil an dem Aufrufe vom 7. Mai und an dem Rundschreiben desselben vom 11. d. M. sprechen am besten dafür.

Doch auch die finanzielle Krise bereitete ihm Sorgen, und die Katastrophe, von welcher die steiermärkische Creditbank im Herbst 1873 ereilt wurde, drückte ihn um so schwerer, je selbstquälerischer er, der Mann von reinen Händen, der makellose politische Charakter, darüber grübelte, und nur durch die angestregten Bemühungen seiner Freunde und Gesinnungsgenossen von dem völligen Rücktritte aus dem öffentlichen Leben zurückgehalten werden konnte.

Es war für K. ein schweres Jahr, dessen Schatten auch die Hochsommereur in Wildbach-Gastein und der kurze Herbstaufenthalt im lieben Birkfeld zu bannen nicht vermochten.

Denn nicht minder tief als jene Angelegenheit berührte ihn der Zwiespalt der Verfassungspartei, der wachsende Gegensatz zwischen der deutschnationalen, nationalliberalen oder Fortschrittspartei und der eigenen, der Kampf zwischen den „Jungen“ und „Alten“.

Es war die Ueberzeugung Kaiserfelds, wenn es in dem Aufrufe des Grazer Centralwahlcomités hiess: „Seid einig! Lernt von unsern Gegnern! Folgt den Geboten der Parteidisciplin, seht ab von persönlichen Neigungen, localen Nebenrücksichten und nebensächlichen Punkten eines politischen Programmes! . . .“

Der „österreichischen Rechtspartei“ und ihrem Programme trat er jedoch in dem Tagespostartikel vom 30. September 1873 „der Beruf des verfassungstreuen Grundbesitzes“ unmittelbar entgegen und versuchte in der Rede vom 16. October anlässlich der feierlichen Eröffnung der Wildoner Landessiechenanstalt den wahren und edeln Liberalismus auf den Schild zu erheben, den „Werth der Verfassung“ in ihrer „Uebereinstimmung mit dem sittlichen Gesetze des Fortschrittes“ darzuthun.

Wir können über die Jahre 1874—1876 rascher hinwegleiten.

Sie sind nicht arm an sprechenden Beweisen für die Thätigkeit des Landeshauptmannes in den Gauen der Steiermark und am Präsidententische des Landtages, und für die ungeschwächte Theilnahme an den die Zeit bewegenden Fragen, wie dies z. B. seine gediegenen Artikel über den „Verwaltungsgerichtshof“ und die „Verwaltungsreform“ in der „Oesterreichischen Zeitschrift für Verwaltung“ (Sommer 1875) bezeugen, und mitten durch streift manches erhebende Fest, so die dreihundertjährige Jubelfeier des Grazer akademischen oder I. Staatsgymnasiums vom 30. Juni 1874, und voran die das Land und seine Hauptstadt ehrende (48.) Versammlung deutscher Aerzte und Naturforscher (18. bis 24. September 1875), die unserem K. Gelegenheit bot, beim Festbankett (vom 24. September) den Gegensatz zwischen Einst und Jetzt — 1843 (in welchem Jahre an den gleichen Tagen diese Versammlung in Graz stattgefunden) und 1875 — hervorzuheben der solidarischen Verbindung Oesterreichs und Deutschlands auf dem Boden der geistigen Interessen, der Freundschaft und treuen Bundesgenossenschaft Beider zu gedenken.

Wenn wir aber nach einem neuen bedeutsamen Wendepunkte im Leben Kaiserfelds suchen, so finden wir diesen im Uebergange vom Jahre 1876 zum 1877er Jahre, es ist dies auch die neue verhängnißvolle Krise im parlamentarischen Leben Oesterreichs, da die 10 Jahre des Ausgleiches mit Ungarn abgelaufen waren, und die Erneuerung desselben tiefe Erregungen im Schoosse der Verfassungspartei heraufbeschor, anderseits der Gegensatz zwischen der conservativen und fortschrittlichen Fraction derselben, zwischen den Anwälten des Ausgleiches und den Gegnern desselben, in seiner Verschärfung begriffen sich zeigt, und die orientalische Frage einer neuen Krise zusteuert.

Ein wachsendes Gefühl der Ermüdung, der physischen und moralischen, ein gewisser Pessimismus, der die edelsten Naturen überkömmt, wenn die Widerstandskraft des Körpers

und Gemüthes nachläßt, und die eigenen Ueberzeugungen und Ideale mit den Strömungen und Strebungen des Tages in unversöhnlichen Widerstreit gerathen, wenn der angehoffte Gewinn als Nachtheil, die Voraussetzung als Irrthum und Enttäuschung erscheint, — beschleicht und drückt unseren Kaiserfeld.

Sein endgiltiger Rücktritt vom Präsidium der steiermärkischen Landwirtschaftsgesellschaft (7. Februar 1877) war ein Symptom dieser Ermüdung, und am 10. April 1877 schrieb er an Minister v. Stremayr: „Die Landtagsperiode geht zu Ende; ich werde mich um ein neues Mandat nicht bewerben, und werde mich ruhig in ein sehr bescheidenes Privatleben zurückziehen, wenn man bei den Neuwahlen nicht aus eigener Eingebung an mich denken sollte. Ich stehe im 67. Jahre und bin zwar nicht gebrochen — aber müde.“

Aber wenn es sich um den Ausgleich mit Ungarn, um Wohl und Wehe des Verfassungsstaates, um die Angelegenheiten des Landes handelt, vermisst man nicht den alten Feuereifer Kaiserfelds. Mit welcher Gewissenhaftigkeit und Liebe zur Sache ist sein zum Büchlein angeschwollener „Vortrag über die Thätigkeit des steiermärkischen Landtages, gehalten in Hartberg am 2. September 1877, und den Wählern des Landes gewidmet“, abgefasst, wie entschieden nimmt er im Herrenhause (18. Mai 1878) das Wort für das dualistische System. Es sei „eine Ruhe- und Haltstelle, von der es abwärts gehen kann, wenn man sie selbst zerstört, von der aus aber auch zur Befestigung geschritten werden kann, wenn man es nur versteht, sich in derselben zu befestigen.“

Die Occupationsfrage fiel ihm schwer auf die Seele. Er versenkte sich in ihre Windungen. 1878, 12. December, schreibt er an Carneri:

„Allem Gewaltsamen abgeneigt, wünsche ich den Sieg Andrässys; aber ich kann es mir nicht sagen, dass seine Politik und er selbst den Sieg verdienen. Ja wenn ich mich davon vollkommen überzeugen könnte, dass die Occupation das einzige Mittel war, um Gefahren zu begegnen, welche die Existenz und den Frieden der Monarchie bedrohen würden; wenn ich die Ge-

wissheit hätte, dass dieses Mittel alle die Wirkungen haben wird, die man demselben zuschreibt — dann allerdings könnte ich mich über Finanz- und andere Noth hinaussetzen, denn über Allem steht die Erhaltung des Reiches und seine Stellung innerhalb der europäischen Staatenrepublik. Aber diese Ueberzeugung kann ich nicht gewinnen und die Zweifel: ob das Mittel nicht für uns ein zu heroisches war, — ich werde sie nicht los.“

Aber der Staatsgedanke erhebt ihn über seine Bedenken und Zweifel; die Unfruchtbarkeit des Ankämpfens wider die Occupation ist ihm ebenso klar als die verhängnissvolle Rückwirkung derselben für die Verfassungspartei.

Den 20. December 1878 schreibt er an Carneri: „Die Dinge, die sich jetzt im Abgeordnetenhaus abwickeln, nehmen mein ganzes patriotisches Interesse in Anspruch. Je mehr ich mich in die Occupationsfrage vertiefe, desto mehr fühle ich, dass sich die Politik Andrássys leichter und glänzender vertheidigen lasse als der negative Standpunkt der Opposition, der nichts anzuführen weiss als den leidigen Bankerottjammer, der uns in den Augen Europas herabsetzt. . . .“

Aber er bestreitet ebenso entschieden die ministerielle Anschauung, dass der Berliner Vertrag eigentlich nicht vor den Reichsrath gehöre, wie dies sein Brief vom 23. Jänner 1879 darthut; er tritt nicht blos für das Gesetzgebungs-, sondern auch für das Budget-Recht des Reichsrathes und für dessen Controle auch in den Agenden der äusseren Politik entschieden ein.

Wie Vieles hatte er auf dem Herzen, und wie bedauerlich war es, dass ihn, den alten, erfahrungsreichen, in seinen Ueberzeugungen unbestechlichen Parlamentarier, das Jahr 1871 den Bänken des Abgeordnetenhauses entrückte. Die Mitgliedschaft des Herrenhauses seit 1871 und die Ernennung zum Geheimrathe (Septemb. 1878) hatten sein politisches Empfinden ebensowenig als die wehmüthige Erinnerung an seine schwungvolle Zeit im Parlamente vor dem Schottenthore verändert oder abgeschwächt.

Bei solcher Gesinnung begreifen wir Kaiserfelds schmerzliche Erregung, als sein Artikel in der „Neuen Fr. Presse“

vom 1. Juni 1879 Erklärungen der steiermärkischen Fortschrittspartei nach sich zog, die ihn der Inconsequenz und passiver Resignation ziehen.

Erfreulichere Lichtpunkte in dem trüben Wogenspiele der Zeit, deren Bitterkeiten er besonders seit der politischen Krise der Jahre 1879 und 1880 empfand, waren für ihn die Enthüllungsfeier des Erzherzog Johann - Monumentes vom 8. September 1878 und die Festversammlung des historischen Vereines für Steiermark anlässlich der vor sechshundert Jahren (1180) erfolgten Erhebung des Landes zum Herzogthum (29. April 1880). Hier bot der Landeshauptmann einen Vortrag über die Entwicklung des inneren politischen Lebens der Steiermark seit 1619 bis zum Jahrhundert der Gegenwart. Dieser Vortrag, der der „Festschrift“ des Vereinsausschusses einverleibt erscheint, bildet ein werthvolles Vermächtniss seines verewigten Ehrenpräsidenten. Es sind nur Umrisse eines reichbewegten Zeitraumes und seiner staatlichen Ergebnisse, aber sie verrathen den historisch und politisch geübten Denker.

„So wäre ich denn bis auf die neueste Zeit gekommen“, schloss Kaiserfeld. „Doch liegt uns diese zu nahe. Noch ist der Werdeprocess, den dieselbe anstrebt, nicht vollendet. Es würde schwer sein, bei Darstellung dieser Zeit den politischen Partei-standpunkt zu verlängern, und wie sehr man auch bemüht sein möchte, dies zu thun, er würde von Anderen immer in dem Gesagten gefunden werden. Ich habe Ihnen — ich weiss dies sehr wohl — in cursorischer und höchst ungenügender Weise eine Geschichte unseres Absolutismus und seiner Ziele gegeben. Man nennt die Geschichte eine Lehrmeisterin. Möge sie es wirklich sein. — Mögen die Nationalitäten und Parteien, in deren Hand zum grössten Theile die Zukunft dieses Reiches gelegt ist, bei ihren Wünschen und Forderungen auch die Bedingungen seines Bestandes sich vor Augen halten. . .“

Der Landtag (2. Session der 5. Wahlperiode) vom 8. Juni bis 7. Juli 1880 hatte K. mancherlei Mühen zugebracht. Er ging dann nach Neuhaus zum Curgebrauche, und Anfangs August war er wieder in Graz zurück, um der Eröffnung der vollendeten Industriehalle beizuwohnen und am

1. September die Räume der Landesausstellung den Ehrengästen zu erschliessen.

Der Jahresschluss betraute ihn jedoch mit einer wichtigen und dornigen Aufgabe. Es galt, dem Finanzminister angesichts der neuen Grundsteuervorlage die finanzielle und wirthschaftliche Nothlage der stark belasteten Steiermark darzulegen. Diese wichtige Angelegenheit machte auch seine Anwesenheit zu Wien nothwendig. Es war den 31. Mai 1881, als er in der 40. Sitzung des Herrenhauses seine letzte parlamentarische Rede hielt, um die Ueberlastung der Steiermark im Verhältnisse zu Böhmen, Krain und anderen Kronländer nachzuweisen, und obschon er und seine Gesinnungsgenossen mit 45 gegen 64 Stimmen in der Minderheit blieben, so unterschätzte Niemand das Gewicht seiner Worte.

Auch bei den Abstimmungen des Herrenhauses vom 13. December 1881 und 10. Februar 1882 fehlte K. nicht, als es sich um die Verstaatlichung der Elisabeth-Westbahn und um die Zweitheilung der Prager Universität handelte.

Daheim bereitete man sich für die Festfeier des hundertjährigen Gedächtnisstages der Geburt Erzherzog Johanns vor, und die Räume des Redoutensaales füllte eine stattliche Versammlung (20. Jänner 1882), als der Landeshauptmann des volksthümlichen Fürstensonnes, des entschlafenen Freundes und Gönners der Steiermark, in herzansprechenden Worten gedachte.

Es war unserm Kaiserfeld noch vergönnt, die fünfte Landtagssession der 5. Wahlperiode (28. Mai bis 14. Juli 1883) zu eröffnen und zu schliessen, an der Spitze der Landesvertretung die Habsburgfeier der Steiermark (23. Juni bis 12. Juli) zu leiten, den Monarchen (1. Juli) zu empfangen, der Sprecher der Huldigungsbotschaft (2. Juli) in der Grazer Hofburg zu sein, den Kaiser an der Schwelle des Landhauses (4. Juli) zu begrüßen und zu Trifail (11. Juli) von ihm Abschied zu nehmen. Als ihm den 12. September 1883 das Commandeurkreuz des Leopold-Ordens zu Theil wurde, sah er darin vor Allem die Anerkennung dessen, was das Land an Gastlichkeit und Loyalität aufgeboten.

Aber schon drängte sich ihm als unerbittliche Nothwendigkeit das Scheiden aus dem öffentlichen Leben vor die Seele.

Seit 1877/78 empfand er Mahnungen eines Sinkens der Lebenskraft. Welche Flut bewegter Jahre und anstrengender Berufsstellungen war denn doch seit 1848 abgelaufen, aus welcher Zeit beiläufig ein Porträt Kaiserfelds stammt, das den 37-Jährigen, sein Söhnchen zur Seite, in der Vollkraft, das wohlwollende und sinnige Antlitz vom braunen Vollbarte umrahmt, darstellt. Anders waren die Zeiten und er geworden, als ihn Griepenkerl für den Saal des Abgeordnetenhauses im neuen Parlamentsgebäude malte und zu diesem Behufe nach Graz kam, um, wie Kaiserfeld mit seinem unverthilgbaren Humor an Stremayr 1878 schrieb, sein „altes Gesicht“ erträglich herauszustaffiren. Seit 1881/82 stellte sich zeitweilig Kränklichkeit ein; die Nervenschwäche wuchs, wie dies auch an den früher so klaren und festen Schriftzügen bemerkbar wird. — Als er 20. Februar 1884 beim Festmahle der steiermärkischen Landwirthschaftsgesellschaft den ihm dargebrachten Toast erwiderte — sprach er bewegt:

„Ich danke Ihnen für die Beweise von Liebe und Anhänglichkeit. Die Erinnerung daran wird mich bis zum Grabe begleiten. Ich danke Ihnen dafür in dem Momente, wo ich in diesem Jahre Abschied nehmen werde von dem öffentlichen Leben, gezwungen durch die Bedingnisse der Natur mehr als durch die Verhältnisse.“

Trotz des Gefühles der Ermattung und pessimistischer Anwandlungen angesichts der Staatslage blieb er für Alles empfänglich, was in seinem Gesichtskreise Land und Reich berührte, auch als das innere Leiden sich stärker regte.

In dem Briefe an das Mitglied des Landesausschusses, Dr. Moriz R. v. Schreiner begrüsst er den deutschen Schulverein als einen „eminent österreichischen Verein“.

Ein schwerer Krankheitsanfall im Juli 1884 wich wieder; noch im August hoffte er vom Schlosse Birkenstein nach Graz kommen zu können, aber er vermochte es nicht. Den 26. August richtete K. jenes Schreiben an den Landesausschuss, worin er seinen Rücktritt aus dem öffentlichen Leben kundgab und dabei

den Kreis der weiteren wichtigen Arbeiten und Ziele dieser Körperschaften zeichnete. Wenige Tage darnach (2. September) fand sich der gesammte Landesausschuss auf dem Schlosse Birkenstein zu Birkfeld ein, um dem scheidenden Landeshauptmanne den Zoll seiner Verehrung darzubringen.

Den 8. September beantwortete K. die Adresse der Grazer Handels- und Gewerbekammer, eine der vielen Huldigungen, die dem greisen Vertreter der Steiermark in guten und schlimmen Tagen entgegenkamen, mit den Schlussworten:

„Wohl sind die Bemühungen Derjenigen, welche ihre Kräfte einsetzten für die Einheit Oesterreichs, für die durch dieselbe bedingte Macht des Staates und für die finanzielle Wiedergeburt desselben fruchtlos geblieben. Es bleibt uns daher nur übrig, in Beurtheilung geschichtlicher Thatsachen den patriotischen Willen zu achten, bis die Zeit eine bessere Einsicht von dem Werthe des heute geltenden Systems und damit vielleicht noch Abhilfe bringen wird.“

Den 29. September 1884 votirte der vom neuen Landeshauptmanne, Grafen Wurmbrand, eröffnete Landtag seinem Vorgänger den Dank des Landes.

Die Krankheit wucherte weiter, aber sie trübte das Denkvermögen Kaiserfelds ebensowenig, als sein Interesse an dem Allgemeinen. Im Kreise der Lieben schloss er, bis zum letzten schwersten Augenblicke des Bewusstseins mächtig, in der Abendstunde des 14. Februars 1885 sein reiches Leben.

Die Gegenwart lebt rasch, und ihr Wellenschlag geht über die mächtigsten Eindrücke, über Gewinn und Verlust des Tages schnell hinweg, die Parteieidenschaften verdunkeln und schwächen auch das Andenken der Besten, neue Zeiten bringen neue Ziele, neue Anschauungen und neue Menschen. Dennoch wird der treue Sinn der Steiermärker Kaiserfelds nie vergessen, und eine spätere Zeit, welche, die Worfshaufel schwingend, Spreu und Korn besser zu scheiden weiss, als die Mitwelt, wird in der Geschichte der Jahre 1848—1884 seinem Wesen, seinem Wirken und Wollen die allseitige und gebührende Werthschätzung entgegenbringen.

Der historische Verein für Steiermark, dem der Entschlafene 35 Jahre als Mitglied, 7 Jahre als Präses und 15 Jahre als Ehrenpräsident angehörte, hütet das Andenken Kaiserfelds als theures Vermächtniss, denn auch er stand ihm nahe, auch er bleibt ihm verpflichtet, auch er weiss, was die Steiermark an Kaiserfeld besass und verlor, — den treuen Sohn des Landes, der das, was er war, ganz war, ohne Schein und ohne Falsch, und am Sterbelager — Selbstschau haltend — mit dem Römer sagen durfte:

Non omnis moriar!

